№ 459
A 194
Morgen-Ausgabe

Vossische Berlin Zeitung

Gegründet 1704

Freitag, 28. September 1923

4 Millionen

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 30 Millionen Mark durch Boten. Postbezugspreis und Streifbandsendungen freibleibend. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: Grundpreis 30 Pfg. für die mm-Zeile. Familienanzeigen 5 Pfg. beides mal Schlüsselzahl 20 Millionen. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3690 — 3863. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Ein Streit um die politische Debatte.

Wiederzusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag hat gestern seine Arbeiten wieder aufgenommen. Die Sitzung war auf drei Uhr nachmittags angesetzt, mußte aber auf fünf Uhr verschoben werden, weil langwierige Auseinandersetzungen im Aeltestenrat zu keiner Einigung über den Beratungsgegenstand führten. Auf der Tagesordnung standen einige kleinere, aber an einen Termin gebundene Vorlagen. Die Oppositionsparteien forderten eine Aenderung der Tagesordnung, Erklärungen der Reichsregierung über die äußere und innere Politik, anschließend eine Debatte. Die Koalitionsparteien erachteten eine politische Debatte gleichfalls für notwendig, wollten aber an dem ursprünglich in Aussicht genommenen Termin, dem kommenden Dienstag, festhalten.

Da man sich im Aeltesten-Ausschuß nicht verständigen konnte, wurde der Streit um die politische Debatte in das Plenum getragen und in einer sehr ausführlichen Geschäftsordnungsdebatte weitergesponnen. Der deutschvölkische Abgeordnete v. Graefe leitete sie ein und beantragte, den Reichskanzler zu ersuchen, im Hause zu erscheinen, und dann sofort in die politische Debatte einzutreten. Den Deutschvölkischen sekundierte der Kommunistische Abg. Barz, der auch eine Aussprache über die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten beantragte. Der deutschnationale Abg. Schulz schloß sich dem deutschvölkischen Antrage an und meinte, man würde es im Lande nicht verstehen, wenn der Reichstag sich nicht sofort nach seinem Wiederzusammentritt mit den wichtigsten aktuellen Fragen der Politik befasse. Für die Koalitionsparteien stellten die Abgg. Müller-Franken (Soz.) und Koch-Weser fest, daß auch sie eine politische Aussprache für notwendig halten, in der auch die bayerische Ausnahmeverordnung, die hierher offiziell noch nicht einmal mitgeteilt worden ist, werde erörtert werden müssen. Aber die Situation sei so ernst, daß der Haushalt, der Zeitpunkt überlassen werden müsse. Die politische Aussprache soll am Dienstag erfolgen.

Kommunisten und Deutschvölkische wiederholten ihre Forderung und begründeten sie u. a. mit dem Hinweis auf die ernsten Vorgänge im Rheinland und die Pläne der Separatisten für den kommenden Sonntag. Aber Dr. Marx (Ztr.) widersprach gerade als Vertreter des Rheinlandes der Auffassung, daß eine Aussprache über diese Dinge im jetzigen Augenblick notwendig oder gar nützlich wäre.

In der Abstimmung wurden schließlich die Anträge der Deutschvölkischen und der Kommunisten mit großer Mehrheit abgelehnt. Es verblieb bei der einmal festgestellten Tagesordnung: der ersten Beratung des Gesetzentwurfes über die vorübergehende Aufhebung der vierteljährlichen Gehaltszahlungen für die Beamten, der in allen drei Lesungen angenommen wurde. Der dritte Nachtrag zum Reichshaushalt wurde in allen drei Lesungen bewilligt.

Nächste Sitzung heute, Freitag, 4 Uhr nachmittags. Tagesordnung: Abänderung des Bankgesetzes und kommunistische und deutschnationale Anträge auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen des Reichspräsidenten und der bayerischen Regierung.

Der Eindruck in Paris.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 27. September.

Die Pariser Blätter sind voll von Alarmmeldungen über Deutschland. Die Ueberschriften, unter denen diese Meldungen erscheinen, beweisen zum Teil einen erstaunlichen Mangel an Kenntnis der Verhältnisse in Deutschland. Das große Publikum steht diesem Nachrichtenwust verständnislos gegenüber. Der „Temps" leitartikelt über die Lage unter dem offenbar irreführenden Titel „Der Staatsstreich in München". Das Blatt täuscht den Glauben vor, daß Reichsregierung und bayerische Regierung im Grunde mit Ludendorff, Hitler und Exkronprinz Rupprecht einverstanden sind und an einen Bruch mit Frankreich, „vielleicht sogar an einen Krieg" denken. Offiziös wird erklärt, es sei schwer, sich heute bereits ein klares Bild von der Situation zu machen, aber so viel scheine sicher zu sein, daß Ebert und Stresemann den Chef der Reichswehr nicht zur Verwirklichung reaktionärer Ziele, sondern im Gegenteil zur Abwehr etwaiger reaktionärer Putschversuche mit unbeschränkten Vollmachten betraut haben. Frankreich werde zunächst die Entwicklung der Dinge in Deutschland abwarten. Man hält es für sicher, daß von seiten der Verbündeten nichts in der Reparationsfrage unternommen wird, solange die gegenwärtige Unsicherheit in Deutschland fortbestehe.

Das Verbot der Hitler-Versammlungen in München durchgeführt.

Kleine Zwischenfälle.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 27. September.

Der heutige Abend des kritischen Tages ist bis jetzt, 10 Uhr, vollkommen ruhig verlaufen. Das Verbot der 14 nationalsozialistischen Versammlungen war im Laufe des Tages ergangen und am Nachmittag an einer großen Anzahl von Straßenecken angeschlagen worden. Außerdem wurde es durch Flugzettel aus Kraftwagen in die Menge geworfen. Es war also genügend bekannt, daß diese Versammlungen verboten sind. Trotzdem hatten sich Hitlers Anhänger in großer Zahl auf die Beine gemacht, um die Versammlungen zu besuchen oder in ihre gewöhnlichen Vereinslokale zu gehen. Man sah am Nachmittag eine große Zahl dieser jungen Burschen im Alter von 18 bis 22 Jahren in der grauen Leinenjacke mit dem Hakenkreuz „geschmückt", teilweise mit Stahlhelmen auf dem Rücken, manche sogar mit Signalhörnern, wieder andere mit Seitengewehren bewaffnet, in Gruppen und einzeln auf der Straße.

Die vierzehn Versammlungslokale waren zum größten Teil von blauen Polizeibeamten besetzt. Die Eingänge waren umstellt und wurden nicht geöffnet. Es hatten sich zahlreiche Neugierige vor den Versammlungslokalen angesammelt, die aber zum großen Teil nicht Hitler-Anhänger waren. Hitlers Getreue sah man, wie erwähnt, in Gruppen und im Gleichschritt durch die Straßen marschieren. Beobachtet wurde auch eine sehr rege Tätigkeit von Radfahrerpatrouillen und Motorradfahrern, die als Kuriere von einem der Vereinslokale zum anderen fuhren. Am eifrigsten war der Betrieb im Burzerhof, der neben dem Hotel „Wier Jahreszeiten" liegt, wo die Mitglieder der Ententekommission wohnen. Hier im Burzerhof war das Hauptquartier des Roßbachbundes. Die Eingänge zu diesem Lokal waren durch Posten gesichert, die in Stahlhelm Wache hielten. Die Roßbachleute marschierten in Gruppen bis zu zwanzig Mann an. Polizeiliche Ueberwachung war fast gar nicht zu sehen. Die beiden Schutzleute, die in der Maximilianstraße patrouillierten, schienen sich um den Anmarsch dieser Leute sehr wenig zu kümmern. Bemerkt werden muß, daß die Organisation Roßbach für heute nacht 4 Uhr einen Appell am Armeemuseum festgesetzt hat. Das Armeemuseum ist nur wenige Minuten vom Burzerhof entfernt. Man weiß natürlich nicht, ob diese Zusammenkunft der Roßbachleute nur ein gewöhnlicher Vereinsabend ist oder ob sich daraus noch etwas weiteres entwickeln wird. Ob es überhaupt nach den Regierungsmaßnahmen den Roßbachleuten möglich sein wird, dem Gestellungsbefehl zu folgen, ist mehr als fraglich. Reichswehr und Sicherheitspolizei sind in ihrem Standquartier konsigniert. Man hat nicht nur die ständige Reichswehr in Alarmbereitschaft, sondern auch noch aus anderen Garnisonen nach München zusammengezogene Bataillone. Die Reichswehr ist über die Stadt so verteilt, daß in wenigen Minuten genügend Mannschaften an gefährdeten Stellen eintreffen können.

Vor dem Hofbräuhaus, in dessen Festsaal eine der größten Versammlungen stattfinden sollte, war auch ein Aufgebot der blauen Polizei zur Stelle. Hier hatten sich mehrere hundert Leute zu einem Zuge formiert, der über die Maximilianstraße hinweg marschieren wollte. Der Zug wurde aber durch eingesetzte Landespolizei sehr schnell und ohne weitere Zwischenfälle zerstreut. Alle Gerüchte von der Besetzung der bürgerlichen Zeitungen sind aus der Luft gegriffen. Die sozialistische „Münchener Post" ist, wie immer an solchen kritischen Abenden, durch die sozialistische Sturmabteilung gesichert, ebenso hat das Gewerkschaftshaus Schutz durch die eigene Organisation erhalten. An diesen Posten der Sozialisten sind die kleinen Gruppen der Deutschvölkischen vorbeimarschiert, ohne daß Reibereien oder Zusammenstöße erfolgten.

Hitlers Größenwahnsinn dokumentiert sich in einem Brief, den er heute an den Ministerpräsidenten Knilling gerichtet hat, und in dem er feststellt, daß die Ernennung des Generalstaatskommissars „ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Deutschen Kampfbund erfolgt" sei.

Eine Schießerei.

In späterer Abendstunde trafen in der Schellingstraße vor dem Verlagshause des „Völkischen Beobachters" mehrere Züge der Nationalsozialisten ein. Sie schossen auf eine dort aufgestellte Abteilung der grünen Landespolizei. Der Führer der Polizisten ging zu dem „Offizier" der Nationalsozialisten und machte ihn darauf aufmerksam, daß Ansammlungen geschlossener Verbände unstatthaft seien, und daß er vorgehen müsse, wenn sich der Zug nicht in kleine Trupps auflösen würde. Die Antwort, die er von den Nationalsozialisten erhielt, muß unbefriedigend gewesen sein, denn gleich darauf schwärmten die Polizeibeamten aus und zerstreuten den Zug. Auch hier kam es weiter zu keinen ernsten Zusammenstößen.

Verdächtig ist, daß in den Außenbezirken größere Gruppen bis zu 80 und 100 Mann geschlossen marschieren konnten und in ihren Versammlungslokalen den Abend verbrachten. Auch hier sah man Radfahrerpatrouillen kommen und gehen. Es war ein reger Verkehr zwischen den einzelnen Gruppen zu beobachten, doch ist bis abends 11½ Uhr ein besonderes Vorkommnis nicht gemeldet worden.

Hitler an Kahr.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **München**, 27. September.

In seinem Blatt „Der Völkische Beobachter" veröffentlicht Adolf Hitler zwei Schreiben, die er im Namen des Deutschen Kampfbundes an den Generalstaatskommissar für Bayern gerichtet hat. Das eine lautet: „Ew. Exz.! Wie ich soeben aus Pressemeldungen ersehe, sollen die für heute angesagten 14 Versammlungen der nationalsozialistischen Arbeiter und der Vaterländischen Kampfverbände verboten sein. Ich lege als Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und als politischer Leiter des Deutschen Kampfbundes gegen diese erste gegen die völkische Freiheitsbewegung gerichtete Tat Ew. Exz. als Generalstaatskommissar schärfsten Protest ein." Das andere Schreiben geht direkt vom Deutschen Kampfbund aus und hat folgenden Wortlaut: „Auf Ew. Exz. Ersuchen um Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu Ew. Exz. als Generalstaatskommissar habe ich die Ehre, Ew. Exz. als politischem Leiter des Kampfbundes mitzuteilen: Die Stellungnahme des Deutschen Kampfbundes zu den großen Fragen der Partei ist in seinen Kundgebungen vom 1. und 2. September in Nürnberg niedergelegt. Unsere Stellung zum Generalstaatskommissar ist abhängig von der Haltung, die der Generalstaatskommissar dieser gegenüber einnimmt. — Wir stellen fest, daß die Ernennung des Generalstaatskommissars ohne vorherige Fühlungnahme mit dem Deutschen Kampfbund erfolgt ist.

(gez.) Adolf Hitler."

Die Kampfverbände klagen über Terror.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **München**, 27. September.

Die „vaterländischen" Bezirksvereine in München haben den Zeitpunkt für geeignet gehalten, in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten gegen die „unerhörte Terrorakte" zu protestieren, die an Teilnehmern des „Deutschen Tages" in Nürnberg verübt worden seien. Sie erklären, daß sie für kommende Fälle den Selbstschutz als Notwehr für gegeben halten. Zugleich verhehlen sie dem Ministerpräsidenten nicht, daß ihr einmal „wankend gewordenes Vertrauen" zum derzeitigen Innenminister nicht wieder hergestellt werden könne, und daß in ihren Kreisen auch gegen die Person des Landwirtschaftsministers „tiefste Verstimmung" herrsche.

Die Militärbefehlshaber.

Der Reichswehrminister hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923 die vollziehende Gewalt auf folgende Militärbefehlshaber übertragen: General v. Dassel für den Bezirk des Wehrkreises 1 (Ostpreußen, Westpreußen), General v. Tschischwitz für den Bezirk des Wehrkreises 2 (Pommern, Schleswig-Holstein, Grenzmark Westpreußen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, oldenburgischer Landesteil Eutin, Groß-Hamburg, Lübeck), General v. Horn für den Bezirk des Wehrkreises 3 (Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien, Grenzmark Posen), General Müller für den Bezirk des Wehrkreises 4 (Sachsen, ohne Regierungs-Bezirk Erfurt, Sachsen-Anhalt, braunschweigischer